

Teilung - Sicherheitspolitik - Aufrüstung

Über die Wurzeln des Gegensatzes zwischen Ost und West

Fritz Reheis

Europa ist, auch nach der Verschrotung einiger Raketen, wie kein anderer Fleck der Erde mit Waffen vollgestopft - diesseits und jenseits der Grenze zwischen Ost und West. Wer nach den Gründen fragt, muß die historische Entwicklung zurückverfolgen, über die Formierung der Militärbündnisse 1955 bis hin zu den Wurzeln dieser Bündnisse, also mindestens bis 1945. Wie hätte die Teilung Europas und Deutschlands vermieden werden können? Welche Seite wäre am ehesten zu einer alternativen Politik in der Lage gewesen? Wodurch wurden solche Alternativen blockiert? Wirken diese Blockaden bis heute weiter?

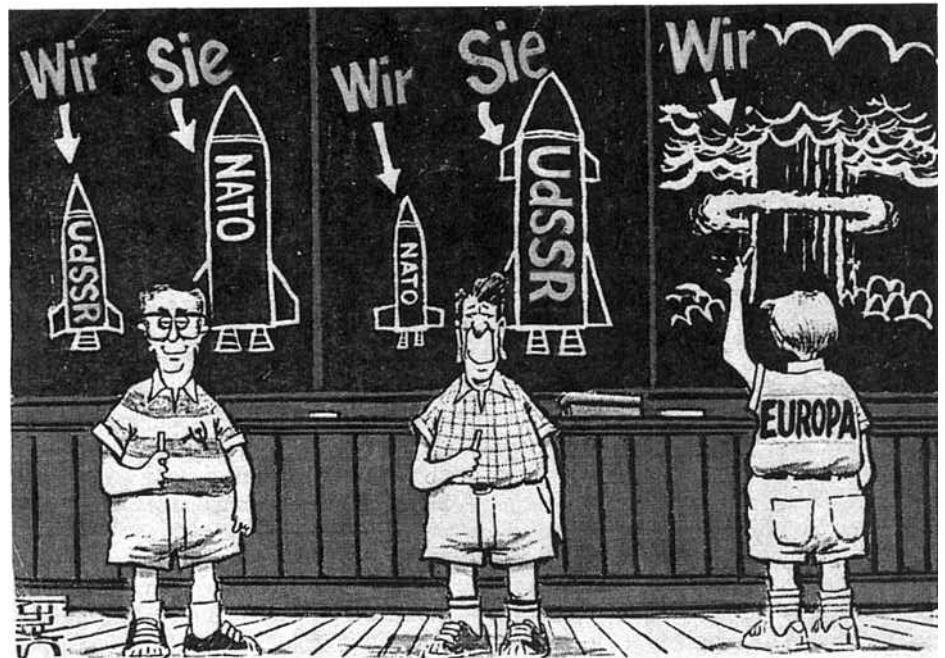
Inhaltliche Voraussetzungen

Im Gegensatz zur beliebten Praxis, die "Schuld" von vornherein bei der anderen Seite zu suchen, wird im folgenden der klassische Grundsatz "audiatur et altera pars" ernstgenommen. Manche nennen dies auch "neues Denken" in der Sicherheitspolitik.

Meist ist die methodische Einseitigkeit gepaart mit der beständigen Vermengung von Tatsächlichem (überprüfbare Fakten) und Vermutetem (Hypothesen über Motive). Intellektuelle Redlichkeit gebietet es demgegenüber, zuerst die Fakten zur Kenntnis zu nehmen und dann diachronisch zurückzufragen nach den wahrscheinlichen Motiven und Voraussetzungen politischer Entscheidungen.

Sicherheitspolitiker aller Zeiten erklären ihr Tun aus dem Sicherheitsbedürfnis ihrer Staaten. Wer die Sicherheitspolitik eines Staates beurteilen will, muß also die Legitimität des zugrundeliegenden Sicherheitsbedürfnisses abschätzen. Von welchen Kriterien läßt sich ein Staat leiten, wenn er das Ausmaß seines Sicherheitsbedürfnisses bestimmt? Diese UE geht davon aus, daß das Sicherheitsbedürfnis um so größer sein wird, je feindlicher die Nachbarn eingestellt sind und je schwächer der Staat sich im Vergleich zu diesen fühlt. Das Wissen um feindlich gesinnte Nachbarn ergibt sich vor allem aus historischen Erfahrungen, das Wissen um die relative Schwäche aus einer Abschätzung aller für Konfliktfälle relevanter Parameter:

- geographische Voraussetzungen
- wirtschaftliches Potential
- politische und militärische Bedingungen



Im ersten Schritt skizziert der Lehrer die weltpolitische Situation bei Kriegsende. Im zweiten Schritt ist zu fragen, welche sicherheitspolitischen Maßnahmen jede Seite aus ihrer Situationswahrnehmung heraus zwischen 1943 und 1955 ergriffen hat. Drittens soll - dies ist der Schwerpunkt - für die Situation Ende 1945 (sog. Entscheidungsjahr) in arbeitsteiliger GA ermittelt werden, wie jede Seite ihr Bedürfnis nach Sicherheitspolitik begründet.

Der Lehrervortrag sollte mindestens folgende Zusammenhänge andeuten: Die gegenwärtige Sicherheitspolitik der beiden Blöcke geht in ihrer Grundstruktur zunächst auf die Zeit um 1945 zurück, als sich die Teilung der Welt in Ost und West abzuzeichnen beginnt. Einen Ost-West-Gegensatz im ideologisch-politischen Sinn gibt es jedoch bereits seit 1917, als mit der SU ein Staat entsteht, der sich von der kapitalistischen Weltökonomie und der bürgerlichen Demokratie lossagt und sich als sozialistisch bezeichnet. Erst mit erheblicher Verzögerung erkennt der Westen diesen Staat an. Im Laufe des 2. Weltkriegs bildet sich eine West-Ost-Koalition gegen Hitler, zusammengehalten allein durch den Willen, Deutschland zu besiegen. Bereits ab Sommer 1942 kommt es jedoch zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten, z.B. über Zeitpunkt, Ort und Umfang

des amerikanischen Kriegseintritts, zu dem die SU wegen der entlastenden Wirkung drängt (Kontroverse um die 2. Front). Mit der Kriegswende in Stalingrad (Januar 1943) taucht als weiterer Konfliktstoff die Frage auf, was mit den von den USA und der SU befreiten Territorien geschehen solle. Der Streit um die Zukunft Osteuropas ist für das endgültige Wiederaufbrechen der Ost-West-Feindschaft ausschlaggebend. Der LV wird sinnvollerweise durch Kartenarbeit ergänzt.

Vereinfacht man die Ereignisgeschichte in didaktisch gebotener Weise, so entfalten sich aus der gegensätzlichen Beantwortung der Osteuropa-Frage die sicherheitspolitischen Schritte beider Seiten zwischen 1943 und 1955 mit einer beachtlichen inneren Zwangslogik. Endpunkt ist der Abschluß des westlichen Bündnissystems mit dem Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO und der Abschluß des östlichen Systems durch die Zusammenfassung der bilateralen Bündnisse im Warschauer Pakt.

Sicherheitspolitik aus westlicher Sicht

Für den Westen beginnt die sicherheitspolitische Neuorientierung damit, daß insbesondere die amerikanische Regierung

neben der deutschen Gefahr auch die sowjetischen Gefahren ernstnimmt, die möglicherweise in naher Zukunft drohen könnten. Die westliche Führungsmacht versucht deshalb früh, den Wirkungskreis der SU in Osteuropa einzuschränken. So soll sie sich weiterhin öffentlich zu dem am Vorbild des Völkerbundes orientierten und in der *Atlantik-Charta* bereits 1941 festgelegten Prinzipien für eine weltweite Nachkriegsordnung (One-World-Vision), vor allem zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, bekennen. Da nach westlicher Auffassung die SU gegen diese Prinzipien nach und nach immer mehr verstößt, sieht sich der Westen gezwungen, von seiner One-World-Vision abzugehen und eine Politik der Abgrenzung und Stärke gegenüber der SU einzuschlagen. Man will nun den sowjetischen Einfluß eindämmen (Containment ab Frühjahr 1946) oder sogar ganz zurückdrängen (Programm des US-Außenministers *Dulles* 1953). Diese beiden Ziele markieren die Grundrichtung aller weiteren sicherheitspolitischen Maßnahmen bis 1955 (*M 1*), an deren Ende das bekannte festinstitutionalisierte und wohlbewaffnete System westlicher Militärbündnisse steht, das die gesamte SU umschließt.

Zur Erklärung dieser Maßnahmen muß das westliche Sicherheitsbedürfnis näher betrachtet werden. Wie sieht die Welt Ende 1945 aus westlicher Perspektive aus? Zunächst zur ersten Komponente, zur Angst vor feindlichen Absichten: *M 2* zeigt, daß der Westen in den Jahren 1939 bis 1945 Zeuge einer enormen Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs geworden ist. Erklärbar ist dieses aus dem grundsätzlichen Motiv jedes Staates zur Expansion, politisch meist (vgl. *M 3*) durch die Notwendigkeit zur Wiederherstellung früherer Grenzen oder zur Erringung strategischer Vorteile gerechtfertigt. Zudem bekennt sich die SU zu einer expansiven Ideologie (*M 4*) (*Exkurs*: Von einem militärisch erzwingbaren Revolutionsexport ist meines Wissens nirgends die Rede). *M 5* illustriert die sowjetische Außenpolitik für die Zeit nach der deutschen Kapitulation in den von der Roten Armee besetzten Gebieten am Beispiel der SBZ.

Nun zur zweiten Komponente des Sicherheitsbedürfnisses, zum Schwächegefühl des Westens: *M 6* zeigt die geostrategischen Nachteile, *M 7* und *M 8* die ökonomischen Handikaps, nämlich die im Vergleich zur SU hohe Rohstoffimportabhängigkeit z.B. Deutschlands sowie die Krisenanfälligkeit der westlichen Wirtschaftsordnung (ständiger Zwang zur Ausdehnung der Märkte und damit der politischen Einflusssphären). *M 9* verweist auf weitere Hindernisse, die westlichen Demokratien eine effektive Sicherheitspolitik erschweren: die Pluralität der Machtzentren und die Gebundenheit politischer Entscheidungen an die Zustimmung der Parlamente und damit der sich in Wahlen ma-

nifestierenden nationalen Stimmungslagen. *M 10* illustriert die militärische Ohnmacht der USA trotz der Atombombe.

Sicherheitspolitik aus östlicher Sicht

Für den Osten beginnt die neue sicherheitspolitische Ausrichtung damit, daß er neben der deutschen Gefahr auch die Gefahren ins Kalkül zieht, die möglicherweise in Zukunft von den westlichen Alliierten drohen könnten. Die SU befürchtet darüber hinaus, daß sich die Westalliierten aufgrund ihrer ideologischen Gemeinsamkeiten vielleicht schon während des Krieges oder unmittelbar nach der Kapitulation Deutschlands mit ihrem ehemaligen Feind aussöhnen könnten. Sie will deshalb die befreiten und besetzten Gebiete Osteuropas als Sicherheitsgürtel für den eigenen Staat betrachten. Die in *M 12* genannten Maßnahmen sollen künftig eine sowjefreundliche Haltung der betreffenden Länder garantieren. Wie die amerikanische Atlantik-Charta-Politik, so beruht auch die sowjetische Schutzgürtelpolitik auf den spezifischen Erfahrungen ihrer Urheber: der nach dem 1. Weltkrieg von den Westmächten gegen das revolutionäre Rußland errichtete *Cordon Sanitaire* soll nun umgedreht werden.

Diese Schutzmaßnahme scheint besonders deshalb geboten, weil die extrem krisenhafte Entwicklung in den osteuropäischen Staaten fast überall nach 1918 anti-kommunistische und sowjetfeindliche Regierungen an die Macht gebracht hatte. Diese Regierungen waren aus sowjetischer Perspektive auch daran schuld, daß sowjetische Bemühungen, vor dem 2. Weltkrieg ein europaweites kollektives Sicherheitssystem zu errichten, scheiterten. Die Gefahr einer erneuten faschistischen oder imperialistischen Aggression kann auf Dauer nur beseitigt werden, indem deren Wurzel verschwindet: Der Kapitalismus. Der Schüler kann an dieser Stelle ohne Schwierigkeiten erkennen, daß die Absicht der USA, die Atlantik-Charta überall, also auch in Osteuropa, durchzusetzen, mit der Absicht der SU, einen zuverlässigen Schutzgürtel an ihrer Westgrenze zu errichten, in Konflikt geraten muß.

Welche Gründe nennt der Osten für sein Sicherheitsbedürfnis? Hätte es für die sowjetische Regierung eine Alternative zu ihrer rigorosen Osteuropapolitik gegeben? *M 11* und *M 13* sollen dem Schüler bewußt machen, daß die Geschichte Rußlands bzw. der SU in unserem Jahrhundert durch die Erfahrung dreier auf eigenem Boden ausgetragener Verteidigungskriege bestimmt ist, die dem eigenen Land dementsprechend die menschliche und wirtschaftliche Hauptlast aufgebürdet haben. Die Zitate von *M 14* zeigen, daß es aus der Perspektive der SU im Westen seit 1917 eine kontinuierliche und machtvolle politische Bestrebung gibt, den sowjetischen Staat zu

vernichten oder ihn zumindest willfährig zu machen. Daß sich die SU im Verhältnis zum Westen schwach fühlte, kann z.T. aus der Karte erarbeitet werden: die extrem langen und damit schwer zu verteidigenden Festlandsgrenzen; der schlechte Zugang zu den Weltmeeren (nur wenige Häfen sind ganzjährig eisfrei, Kriegsschiffe müssen vor Erreichen des freien Ozeans durch Meerengen fahren, die von westlichen Staaten kontrolliert werden); die ausschließlich kapitalistisch oder feudalistisch geprägten Nachbarstaaten und deren fast ausnahmslos antisowjetisch-amerikafreundliche Grundorientierung; die extreme Instabilität der Entwicklungsländer am Südrand der SU mit starker Abhängigkeit von den westlichen Industrieländern und permanenter Bürgerkriegs- oder/und Interventionsgefahr. *M 15* veranschaulicht die schwierige wirtschaftliche Situation bei Kriegsende, ganz zu schweigen von dem allgemeinen Industrialisierungsrückstand der SU. Aus *M 16* kann der Schüler die innenpolitischen Probleme entnehmen. *M 17* vermittelt eine Vorstellung von der relativen militärischen Schwäche des von US-Stützpunkten umkreisten und auf Landstreitkräfte beschränkten Landes und zitiert die Einschätzung des amerikanischen Botschafters in Moskau.

Gegenüberstellung und Bewertung

Die Ergebnisse könnten etwa wie in *M 18* zusammengefaßt und einander gegenübergestellt werden. In der abschließenden Diskussion muß der Schüler zunächst die westliche wie die östliche Sicherheitspolitik nochmals aus ihren jeweiligen Motiven und Voraussetzungen heraus durchdenken (jetzt also chronologisch), um dann die Größe der jeweiligen Handlungsspielräume für eine alternative Politik beurteilen zu können. Obwohl die Diskussion offen ist, dürfte der Schüler zumindest erkennen, daß die bekannten einseitigen Aktio-Reaktio-Modelle, die vielleicht noch dazu dem Osten die Initialzündung für die Teilung und Militarisation Europas unterstellen, der historischen Wirklichkeit keinesfalls gerecht werden.

Literatur

- Barth, P.* u.a.: Sicherheitspolitik und Bundeswehr. Frankfurt/M. 1981.
Horowitz, D.: Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Bd. 1. Berlin 1969.
Kade, G.: Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der "Gefahr aus dem Osten". Köln 1980.
Loth, W.: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955. München 1983.
 Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.): Nordatlantikpakt - Warschauer Pakt. Ein Vergleich zweier Bündnisse. München 1984.
Rosenfeld, G. und *H. Schützler*: Kurze Geschichte der Sowjetunion. 1917 - 1983. Berlin (Ost) 1985.

M1 Westliche Sicherheitspolitik: Konzepte - Maßnahmen - Verträge ab 1943

Atlantik-Charta-Konzept USA und England wollen die SU auf öffentliches Bekenntnis zu Selbstbestimmungsrecht und Freihandel für Ost-Europa entsprechend der Atlantik-Charta von 1941 verpflichten (One-World-Vision). - Aber: Grundsätzliche Respektierung des Sicherheitsinteresses der SU in Ost-Europa.

Februar 1946: Kennan-Telegramm Der US-Botschafter in Moskau warnt den US-Präsidenten vor der Ausbreitung des Weltkommunismus und empfiehlt Abgrenzungs- und Eindämmungspolitik.

März 1947: Truman-Doktrin Der US-Präsident kündigt allen bedrohten Völkern Hilfe an.

Juni: Der Marshall-Plan US-Außenminister schlägt Wirtschaftshilfe zum Wiederaufbau Europas vor.

März 1948: Brüsseler-Pakt England, Frankreich und die Benelux-Staaten schließen ein Verteidigungsbündnis.

April 1949: NATO: Erweiterung des BPs durch die USA und Kanada.

September 1950: Deutscher Verteidigungsbeitrag im Atlantik-Rat beschlossen.

1952: Griechenland und Türkei in der NATO.

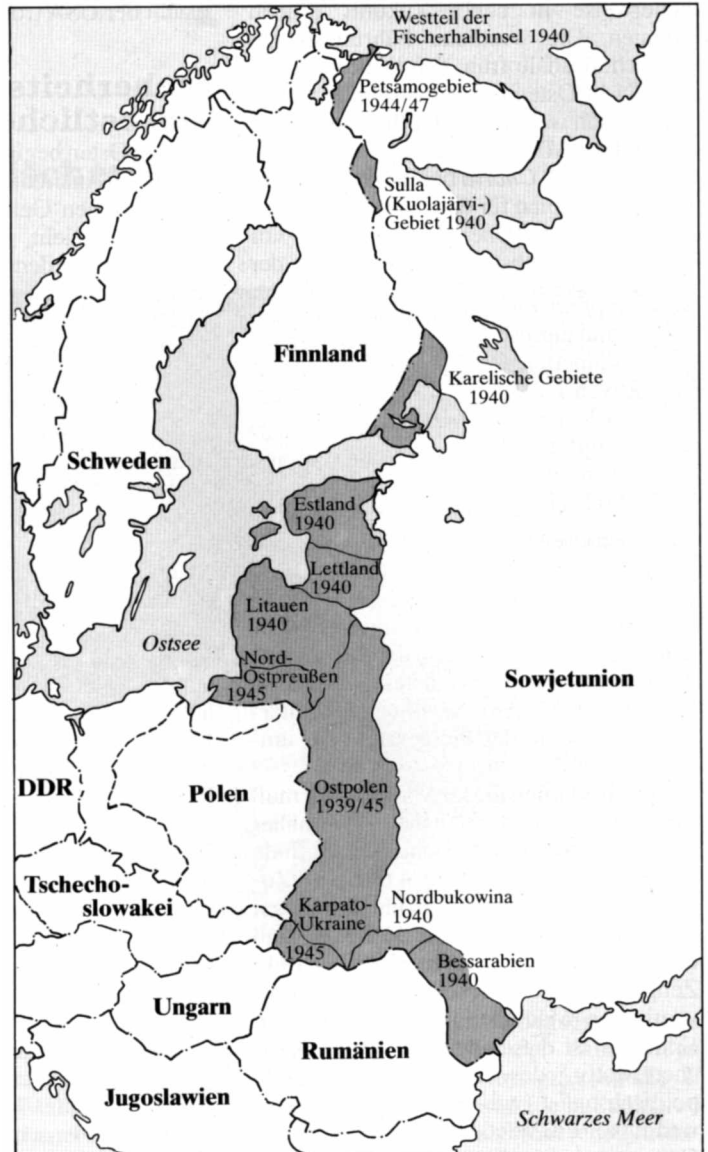
1954: Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft an der Frage der geeigneten Kontrolle der entstehenden deutschen Streitkräfte.

Mai 1955: Pariser Verträge Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO, Souveränität für die Bundesrepublik und Gründung der Westeuropäischen Union als Rüstungskontrollinstanz (doppelte Einbindung der westdeutschen Streitkräfte).

Bagdad-Pakt Letzter Schritt zu einem weltweiten Bündnissystem um die SU durch die USA, England, Türkei, Iran und Pakistan (vgl. 1951: ANZUS aus USA, Australien, Neuseeland; 1952: Stützpunktvertrag USA - Japan; 1954: SEATO aus ANZUS-Mitgliedern plus England, Frankreich, Thailand, Philippinen und Pakistan).

Quelle: Frieden und Sicherheit 1.
Informationen zur politischen Bildung 189, S. 5

M2 Das sowjetische Vordringen nach Westen



M3 Politische Pragmatik der SU 1939/40

Von wesentlicher Bedeutung war es, daß in der Vorkriegsperiode die Völker des Baltikums, Westbelorußlands, der Westukraine und Bessarabiens in die Familie der Sowjetvölker zurückkehren konnten. Hatten doch diese Völker infolge des Sturzes der Sowjetmacht durch die imperialistischen Interventen (1918 - 20, F.R.) rund zwei Jahrzehnte wiederum die soziale und teilweise auch nationale Unterdrückung ertragen müssen. Die Wiedererrichtung der Sowjetmacht in den baltischen Republiken Lettland, Litauen und Estland durch revolutionäre Veränderungen im Juli 1940 wurde ebenso durch die außenpolitische Lage (Beginn des 2. Weltkriegs, F.R.) begünstigt wie die Wiedervereinigung der Völker Westbelorußland und der Westukraine mit den entsprechenden Sowjetrepubliken sowie die Wiedervereinigung Bes-

sarabiens mit der Moldauischen ASSR und deren Umwandlung in die Moldauische SSR im August 1940... Die Wiedervereinigung mit den Völkern der UdSSR war nicht nur dadurch bedeutsam, daß jetzt auch sie den Weg des Sozialismus beschreiten konnten, sondern auch dadurch, daß die militärisch-strategischen Positionen der UdSSR gegenüber einer möglichen Aggression seitens des faschistischen Deutschlands gestärkt wurde. Von dem Bemühen der Sowjetregierung, einer solchen Aggressionsgefahr zu begegnen, war damals auch die sowjetische Politik gegenüber Finnland getragen. Nicht nur das faschistische Deutschland, sondern auch die Westmächte versuchten im Jahre 1939 aus Finnland eine Aufmarschbasis gegen die Sowjetunion zu machen.

Quelle: Rosenfeld G., 1985, S. 119 - 120

M4 Sowjetischer Patriotismus und Weltrevolution

"Der Sieg des Sozialismus (in der Sowjetunion, F.R.) ... bedeutet eine neue, gewaltige Verschiebung im Kräfteverhältnis der Klassen im Weltmaßstab zugunsten des Sozialismus, zu Ungunsten des Kapitalismus, den Beginn einer neuen Etappe in der Entwicklung der proletarischen Weltrevolution. Aus dieser ... historischen Bilanz ... erstet für die Arbeiterklasse und die Werktätigen der ganzen Welt ... die alles überragende Pflicht: Aus allen Kräften und mit allen Mitteln die Festigung der Sowjetunion zu fördern, die Feinde der Sowjetunion zu bekämpfen..."

Quelle: Resolution des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1935, zitiert nach: Fragen an die Geschichte Band 4, Frankfurt/M. 1979, S. 145

M 5 Antifaschistische Umgestaltung 1944/45 im Osten

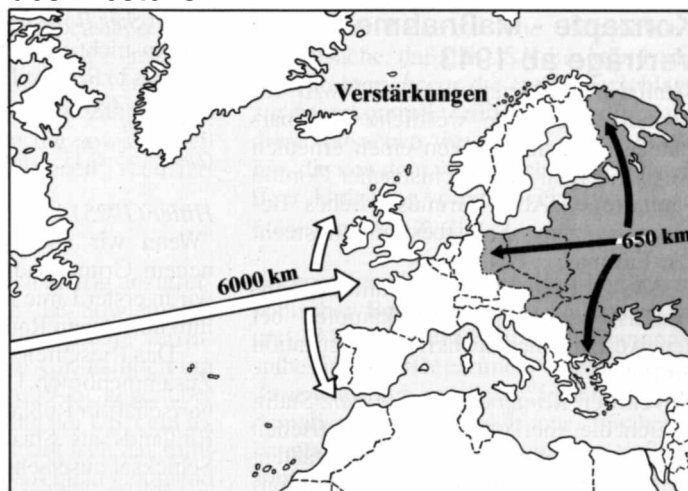
Das Kernstück der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung war die ökonomische Entmachtung der deutschen Monopolbourgeoisie. Das Monopolkapital war die Haupttriebkraft für die Errichtung des Faschismus und für die Entfesselung des zweiten Weltkrieges gewesen. Wenn in Deutschland dauerhafte Garantien für Demokratie und Frieden geschaffen werden sollten, dann mußten der Großbourgeoisie die ökonomischen Machtmittel ihrer traditionellen aggressiven und volksfeindlichen Innen- und Außenpolitik genommen werden.

Der Kampf um die ökonomische Entmachtung des Monopolkapitals begann unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus. Zunächst säuberten klassenbewußte Arbeiter die Konzernbetriebe von aktiven Faschisten und setzten - zumeist gegen den Widerstand der Konzernleitungen - die Produktion wieder in Gang...

Die erkämpften Positionen konnten jedoch nur gesichert und ausgebaut werden, wenn die Betriebe der Kriegsschuldigen enteignet und in Volkseigentum übergeben wurden.

Quelle: Geschichte für Klasse 10, Teil 1.6. Auflage, Berlin (Ost) 1976, S. 64

M 6 Geostrategische Situation des Westens



Quelle: Nordatlantikpakt - Warschauer Pakt, S. 422

M 7 Natürliche Wirtschaftsfaktoren im Vergleich

Wirtschaft (Deutschland) ... war ... auf die Einfuhr von Gütern angewiesen (bis auf Kohle, Salz und Kali nur geringe Rohstoffvorkommen, die Lebensmittelherzeugung deckte den Bedarf gleichfalls nicht, ...

Quelle: Artikel "Deutschland", in: Bertelsmann-Lexikon in vier Bänden. Gütersloh 1953, S. 860

Bodenschätze. Den Naturschätzen nach ist die (Sowjetunion) eines der reichsten Länder der Erde...

An Eisenerzvorräten hat die Sowjetunion mehr als dreimal soviel aufzuweisen wie die USA, Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik zusammen.

Quelle: Artikel "Sowjetunion" in: Länder der Erde. Politisch-ökonomisches Handbuch. 7. Auflage, Köln 198 1, S. 563

M 8 Westliches Wirtschaftssystem

Roosevelt und seine Berater waren sich bewußt, daß das New-Deal-Programm (zur Belebung der Wirtschaft ab 1933, F.R.) das amerikanische Arbeitslosenproblem keineswegs dauerhaft gelöst hatte, daß dieses vielmehr nur durch den kriegsbedingten Menschenbedarf der Armee und vor allem durch die kriegsbedingte Produktionssteigerung überdeckt worden war ... und daß bei Kriegsende eine gewaltige Überproduktionskrise mit nachfolgender erneuter Depression drohte... Im Herbst 1944 rechnete Roosevelt mit 4,5 Millionen Arbeitslosen im Falle eines abrupten Stopps der kriegsfinanzierten Produktion; "ohne ein anderes Land übervorteilen zu wollen", schrieb er ... , "werden wir dafür zu sorgen haben, daß die amerikanische Industrie ihren angemessenen Anteil an den Märkten der Welt bekommt."

Quelle: Loth, S. 33

M 9 Politisches System des Westens

Bei seinem Besuch in Moskau im Oktober 1944 schlug er (Churchill) Stalin eine Abgrenzung des beiderseitigen Einflusses im südosteuropäischen Raum vor: ... Mit dem Anwachsen des amerikanischen Einflusses innerhalb der Kriegskoalition und dem Niedergang der britischen Weltmachtstellung verlor ein solches Agreement indes an Bedeutung, ... (S. 52)

Roosevelt gelang es nicht, der Sowjetführung sein grundsätzliches Einverständnis mit einer prosovjetschen Orientierung der osteuropäischen Region mitzuteilen. Er hat sich zwar im persönlichen Kontakt mit Stalin immer wieder in diesem Sinne geäußert; seine Bemühungen wurden jedoch von der Politik des State Department konterkariert (=hintertrieben, F.R.), die Regelung territorialer Fragen auf die Zeit nach der Beendigung der Kampfhandlungen zu verschieben und offizielle Einflußsphären-Abgrenzungen nach Möglichkeit ganz zu vermeiden... (S. 87)

Seit dem Frühjahr 1943 stand die amerikanische Regierung unter dem Druck insbesondere der sieben Millionen Amerikaner polnischer Herkunft. Durch den Bruch Moskaus mit der polnischen Exilregierung und das Schweigen der offiziellen Moskauer und Teheraner Verlautbarungen über alle Fragen territorialer Art alarmiert, suchten Polen, Katholiken und republikanische Abgeordnete des Mittelwestens, die von polnischen Wählerstimmen abhängig waren, den Präsidenten durch eine Fülle von Presseauffufen, Kongressen und parlamentarischen Anfragen auf eine integrale Anwendung der Atlantikcharta in Osteuropa festzulegen. Die Bewegung war so stark, daß sie zeitweilig die Wiederwahl Roosevelts im November 1944 zu gefährden drohte... (S. 88)

Quelle: Loth, S. 52 - 88

M 10 Militärische Mittel des Westens

Indessen erwiesen sich sowohl das Atomwaffenmonopol als auch die wirtschaftliche Überlegenheit als stumpfe Waffe. Die Sowjetregierung zeigte sich von der Atombombe demonstrativ wenig beeindruckt... Die Atombombe konnte potentielle Gegner von einem Angriff auf die USA abschrecken; aber es war völlig undenkbar, daß sie von der amerikanischen Regierung zur Durchsetzung von Zielen eingesetzt werden konnte, die für die tatsächlichen amerikanischen Sicherheitsinteressen so nebensächlich waren wie etwa freie Wahlen in Rumänien.

Quelle: Loth, S. 108

M 11 Bilanz des Todes

(in Millionen)

Erster Weltkrieg

Deutsches Reich	1,8
Rußland	1,7
Frankreich	1,4
Österreich-Ungarn	1,2
Großbritannien	0,9

Zweiter Weltkrieg

Sowjetunion	18,5
Deutschland	6,5
Polen	5,3
Japan	4,4
Jugoslawien	1,0
Frankreich	0,6
Großbritannien	0,5
USA	0,3

Quelle: Ploetz, Auszug aus der Geschichte, 27. Auflage. Würzburg 1968, S. 1252 u. 1419 - 1421

M 12 Östliche Sicherheitspolitik : Konzepte - Maßnahmen - Verträge ab 1943

Schutzgürtel-Konzept: Die SU will für freundlich gesinnte westliche Nachbarstaaten als Schutz gegen einen erneuten Angriff sorgen (antifaschistischer Cordon Sanitaire). - Aber: Grundsätzliches Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht Ost-Europas.

Mai 1943: Unterstützung kommunistisch-sozialistischer Widerstandskämpfer bei dem Aufbau einer Nachkriegsorganisation für Polen.

November: Konferenz von Teheran: Stalin erreicht die Anerkennung der sowjetischen Westgrenze von 1941 (baltische Staaten, Ostpolen, Bessarabien zur Sowjetunion) durch die USA und England.

Dezember: Bündnis mit tschechoslowakischer Exilregierung: Freundschaft und Beistand zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei.

Oktober 1944: Absprache mit England: die Sowjetunion erhält in Rumänien 90 %, Bulgarien 75 %, Ungarn 50 % und Griechenland 10 % Einfluß.

März 1945: Säuberung in Polen: Haftstrafen und Todesurteile gegen bürgerliche Politiker.

Juni: Antifa-Politik in der Ostzone Deutschlands: sozialdemokratisch-kommunistische Ausschüsse als neue Machtbasis.

Januar 1946: Verstaatlichung der Großindustrie in Polen.

April: Gründung der SED in der Ostzone.

Januar 1947: Behinderung bürgerlicher Parteien bei Wahlen in Polen.

Juli: Verbot der Teilnahme am Marshall-Plan für Ost-Europa.

Februar 1948: Regierungswechsel in der Tschechoslowakei: Die kommunistische Partei erreicht den Rücktritt der bürgerlichen Minister.

April 1949: Bündnisvertrag Tschechoslowakei-Ungarn: letzter Schritt des bilateralen Bündnisystems in Ost-Europa (vgl. seit 1943 16 Bündnisse).

Mai 1955: Warschauer Pakt: Zusammenfassung der Einzelbündnisse.

M 13 Fremde Truppen im eigenen Land

M 14 Erklärungen westlicher Politiker

Englischer Botschafter in Moskau (1919): "Wenn nicht unverzüglich dem Bolschewismus in Rußland ein Ende bereitet wird, ist die Zivilisation in der ganzen Welt bedroht".
Quelle: Kade, S. 13

Hitler (1925): "Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken... Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenherrschaft in Rußland wird auch das Ende Rußlands als Staat sein. Wir sind vom Schicksal ausersehen, Zeugen einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der völkischen Rassentheorie sein wird..."
Quelle: A. Hitler, Mein Kampf. 24. Auflage, München 1933, S. 742 - 743

Englischer Außenminister (gegenüber Hitler) (1937): "... Er (der Außenminister) und andere Mitglieder der englischen Regierung (sind) ... davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne. Der englische Premierminister sei der Ansicht, daß es durchaus möglich sei, durch offenen Meinungsaustausch Lösungen zu finden..."
Quelle: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, zitiert nach: Geschichtliche Weltkunde, Bd. 4. Frankfurt/M. - Berlin -München 1983, S. 154

US-Politiker und späterer US-Präsident Truman (1941):

"Wenn wir sehen, daß Deutschland den Krieg gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen und die Deutschen auf diese Weise so viele wie möglich umbringen lassen..."
Quelle: New York Times vom 24. Juli 1941, zitiert nach: Horowitz, S. 52

US-Politiker und späterer US-Präsident Truman (1941):

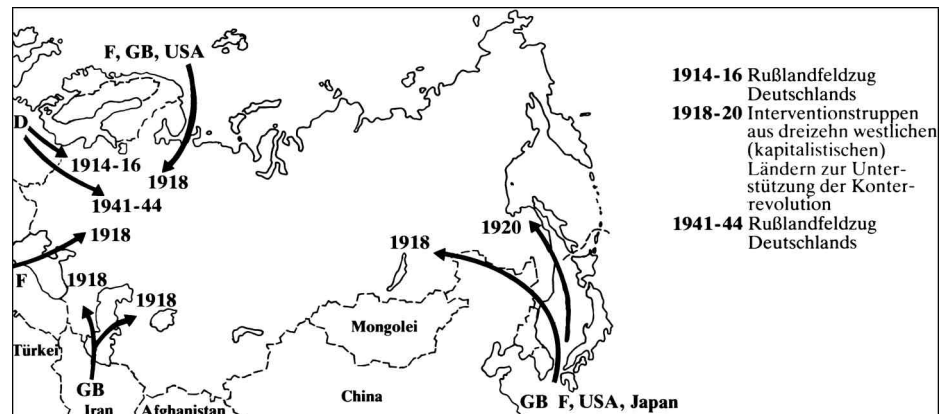
"Wenn wir sehen, daß Deutschland den Krieg gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen und die Deutschen auf diese Weise so viele wie möglich umbringen lassen..."
Quelle: New York Times vom 24. Juli 1941, zitiert nach: Horowitz, S. 52

M 15 Wirtschaftliche Situation in der Sowjetunion

Augenzeugenbericht von E. Crankshaw: "Die übertrieben langsame Fahrt mit dem Zug auf der neu eröffneten Eisenbahnstrecke von Moskau zur neuen Grenze bei Brest-Litowsk in den ersten Nachkriegstagen gleicht einem Alptraum. Auf Hunderte, auf Tausende von Meilen war nicht ein einziger aufrechtstehender Gegenstand zu sehen. Jeder Marktflecken, jede Stadt war dem Erdboden gleichgemacht. Es gab keine Scheunen. Es gab keine Maschinen. Es gab keine Bahnhöfe, keine Wassertürme... und breite Waldstreifen waren zu beiden Seiten längs der Eisenbahnlinie als Schutz gegen Partisanenüberfälle aus dem Hinterhalt abgeholzt worden. Neben der Strecke lagen die verbogenen Schienen, die die Deutschen bei ihren Rückzugsbewegungen nach Westen mittels riesiger, auf Spezialzügen montierter Reißhaken aus ihrem Bett gerissen hatten..." (Nach russischen Unterlagen waren zwischen 15 und 20 Mio. sowjetische Bürger getötet worden; die Deutschen hatten 15 Großstädte, 1710 Kleinstädte sowie 70 000 Dörfer völlig oder teilweise zerstört; sie hatten 6 Mio. Gebäude niedergebrannt bzw. verwüstet und 25 Mio. Menschen obdachlos gemacht; sie zerstörten 31 850 Industriebetriebe, 65 000 Kilometer Eisenbahnstrecke, 4100 Bahnhöfe..., 56 000 Meilen Hauptstraßen, 90 000 Brücken und 10 000 Kraftwerke; sie vernichteten 1135 Kohlenbergwerke und 3000 Ölquellen und transportierten nach Deutschland 14 000 Dampfkessel, 1400 Turbinen und 11 300 Dynamomaschinen; sie plünderten 98 000 Kolchosen und 2890 Maschinen- und Traktorenstationen ...) (S. 21 - 22).

Die durch Kriegseinflüsse verursachten Zerstörungen hatten eine höchst ungleichmäßige Verteilung des Weltindustriepotentials bewirkt. Drei Viertel des Anlagekapitals der Welt und zwei Drittel ihrer Industriekapazität waren in einem einzigen Land, den Vereinigten Staaten, konzentriert, der Rest verteilte sich auf die anderen 95 Prozent der bewohnten Erdoberfläche.

Quelle: Horowitz, S. 66



M 16 Innenpolitische Lage in der Sowjetunion

Die Bevölkerung des Nationalitätenstaates ist zersplittert in fast 200 verschiedene Völkerschaften mit rd. 150 Sprachen. Den Hauptanteil (78 %) haben die Slawen (58 % Russen, 17 % Ukrainer, 3 % Weißrussen), es folgen mit 10 % die Turkvölker sowie eine Unzahl z.T. kleinster Gruppen. Größte Religionsgemeinschaft ist die Orthodoxe Kirche, daneben der Islam.

Quelle: Artikel "Sowjetunion", in: Bertelsmann-Lexikon, S. 119

Ein neuer Krieg war um so weniger denkbar, als schon der jetzige Krieg das sowjetische Herrschaftssystem schwer erschüttert hatte. Die sowjetische Bevölkerung hatte auf die deutsche Besatzung nicht mit Widerstand reagiert, sondern mit Defätismus, Gleichgültigkeit und, besonders in den nicht-weißrussischen Gebieten, zuweilen auch mit offenkundiger Erleichterung; es mußte daher schwerfallen, in den ehemals besetzten Gebieten die sowjetische Autorität wiederherzustellen. Ebenso hatten die Anstrengungen, die die Bevölkerung im Kriege auf sich nehmen mußte, einen beträchtlichen Erwartungsdruck geschaffen; man glaubte vielfach, als "Lohn" für die Opfer des Krieges nun eine deutliche Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen und eine Vergrößerung der persönlichen Bewegungsfreiheit und der politischen Mitspracherechte beanspruchen zu können. Die Desorganisation und die Forderungen waren so weitgehend, daß es nicht genügte, in der Propaganda erstmals seit 1917 wieder die vorrevolutionären Traditionen des russischen Volkes hervorzukehren und der orthodoxen Kirche wieder größere Bewegungsfreiheit einzuräumen; die Sowjetführung glaubte ... wieder auf die Mittel polizeistaatlichen Terrors zurückgreifen zu müssen

Stalin selbst lebte in ständiger Furcht vor einer Verschwörung, und seine Umgebung lebte in latenter Furcht vor ihm. Im Laufe des Krieges war die Macht der Armeeführer und industriellen Manager beträchtlich angestiegen; gegen sie mobilisierte Stalin 1944 wieder die Partei, die während des Krieges ganz im Hintergrund gestanden hatte - mit dem Ergebnis, daß ihm ab Mitte 1945 die Partei das Führungsmonopol streitig machen konnte. Der Oberste Sowjet löste in den Jahren 1944/45 eine ganze Reihe von nationalen Distrikten und Regionen auf und schuf neue Verwaltungsstrukturen mit neuem Personal; dennoch konnten etwa ukrainische Nationalisten ihre Partisanenkämpfe bis in das Jahr 1947 hinein fortsetzen. All dies läßt deutlich werden, daß die Sowjetführung ein großes Maß an Ruhe und Abschirmung von auswärtigen Einflüssen nötig hatte, um ihre Macht wieder zu stabilisieren.

Quelle: Loth, S. 44 - 45

M 17 Militärische Kräfte der Sowjetunion

Zum Zeitpunkt der deutschen Kapitulation betrug die sowjetische Truppenstärke noch 11 Millionen Mann, während die amerikanischen Streitkräfte (ohne ihre Verbündeten!) 12 Millionen Soldaten zählten; bis zum Jahr 1948 mußten die sowjetischen Truppen auf 2,8 Millionen reduziert werden.

Quelle: Loth, S. 44

"Entgegen der im Westen häufig anzutreffenden Meinung nahm die Sowjetunion nach dem Krieg eine sehr rigorose Verringerung ihrer Streitkräfte vor, nämlich um 25 % des Standes von 1945, gegenüber einer Truppenreduzierung der USA um lediglich 13 %. Zweitens läßt sich das militärische Potential der USA nicht genügend an den Landstreitkräften ermesen, da die USA in erster Linie eine Luft- und Seemacht sind. Die Tatsache, daß die USA während des ersten Friedensjahres Schritte zur Errichtung von Stützpunkten im Pazifik unternahmen (bis zum Jahre 1949

gab es um die Sowjetunion herum verteilt vierhundert amerikanische Stützpunkte), die Tatsache, daß die USA die Atombombe erprobten, bevor die ersten Vorschläge zur Atomkontrolle erörtert wurden, ... - alle diese Tatsachen weisen auf eine Absicht hin, die von dem vorgeblichen Ziel einseitiger Abrüstung völlig abweicht."

Quelle: Horowitz, S. 20 - 21

George Kennan, der damals in der amerikanischen Botschaft in Moskau Dienst tat und 1946 Leiter des Politischen Planungsstabes im State Department wurde, hat sich dazu wie folgt geäußert: "Jedem, der das damalige Rußland auch nur annähernd kannte, war es vollkommen klar, daß die sowjetische Führung keinen Versuch beabsichtigte, die Sache des Kommunismus über die Grenzen des Landes hinaus durch militärische Operationen der eigenen Streitkräfte voranzutreiben."

Quelle: ebd., S. 22

M 18 Die Entstehung des Ost-West-Konfliktes

